

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin oder bei direkter Postbestellung ohne Bestellgebühr monatlich 5,- M., bei Zustellung unter Streifenband 5,- M. Die „Freiheit“ ist in den ersten Nachtrag der Postzeitungsliste für 1919 eingetrag. Redaktion: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 III. Fernsprecher: Amt Norden 2895 und 2896.

Intrats kosten die achtseitige Neupostzeitung oder deren Raum 1,20 M., Wochenszeitung das festgedruckte Wort 60 Pf., jedes weitere Wort 20 Pf. Leveragezuschlag 50 Proz. Familien- und Versammlungszeitungen (M) der Zuschlag fort. Interate für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 3 Uhr nachmittags bei der Expedition aufgegeben sein. Expedition: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 Fernsprecher: Amt Norden 9763

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Eisenbahnerstreit in England.

Der Verkehr in Nordengland stillgelegt.

Amsterdam, 17. Juli. „Telegraaf“ meldet aus London vom 16., daß infolge eines Streiks bei der größten englischen Eisenbahngesellschaft, der North-Eastern Eisenbahn, der Eisenbahnverkehr Nordenglands stillsteht. Die Leitung des Eisenbahnverbandes ist heute von London nach New Castle abgereist, um einen Vermittlungsversuch zu machen.

Die Bewegung der englischen Bergarbeiter.

Amsterdam, 17. Juli. Wie „Telegraaf“ aus London meldet, hat die Bergarbeiterkonferenz gestern den Antrag abgelehnt, der forderie, die Leitung der Konferenz zu ermächtigen, im Notfall ohne vorherige Zustimmung unter den Mitgliedern des Bergarbeiterverbandes den Streik auszurufen. Der Antrag stielte offenbar darauf ab, den Proteststreik vom 21. 7. zu ermöglichen. Heute wird die Konferenz über die Frage der Erhöhung der Kohlenpreise und über das Angebot von Raw Lawd im Unterhaus verhandeln.

London, 16. Juli. (Reuter.) 100 000 Bergarbeiter von West-Yorkshire haben gestern Abend infolge des Abbruchs der Verhandlungen, die mit den Bergwerksbesitzern über die Entscheidung der Kohlenkommission geführt wurden, die Arbeit niedergelegt.

Internationale Gewerkschaftskonferenz.

Amsterdam, 16. Juli. Wie der „Times“ gemeldet wird, wird die in Amsterdam am 23. Juli stattfindende internationale Gewerkschaftskonferenz, auf

der auch die Delegierten Deutschlands und Deutsch-Oesterreichs anwesend sein werden, die internationale Lage im Lichte des Friedensvertrages betrachten und das Programm für den internationalen Kongreß, der in Genf im Februar nächsten Jahres stattfindet, ausarbeiten.

London, 16. Juli. Zu der am 28. Juli in Amsterdam stattfindenden Gewerkschaftskonferenz werden als britische Delegierte Bill, Thorne und der Sekretär der Vereinigung der Stahlschmiede, J. Hill, ferner der Vorsitzende des Parlamentarischen Komitees des Gewerkschaftskongresses Stuart Dunning und P. Greenall vom Bergarbeiterbund entsandt werden.

Das Ende des schweizerischen Buchdruckerstreiks.

Bern, 16. Juli. Der schweizerische Buchdruckerverein hat heute den Vermittlungsvorschlag des schweizerischen Volkswirtschaftsdepartements auf Vergebung der Arbeitszeit der Maschinisten auf 44 Stunden pro Woche angenommen. Da auch der Typographenbund dem Vermittlungsvorschlag zugestimmt hat, dürfte die Arbeit im schweizerischen Buchdrucker-gewerbe sofort im vollen Umfang wieder aufgenommen werden.

Der Werftarbeiterstreit in New-York.

Amsterdam, 16. Juli. Das Pressebureau Radio meldet aus New York, daß der Sekretär des Seemannsverbandes erklärte, daß die Ausständigen gegen die Annahme des Schiffsarbeitskomitees gestimmt hätten, und daß auch die Stewards und Matrosen sich ihnen anschließen wollten. 14 bis 16 000 Mann seien im Ausstand. 400 Schiffe lägen im New Yorker Hafen still.

zurückgeführt. Auch die Lügengeschichte von dem russischen Bestechungsgeld wird wiederum aufgewärmt. Veranlassung für diese neue Schwelung geben offenbar die Darstellungen, die vom Landbund, von den Führern in den Bürgerstreiks und den militärischen Stellen gegeben werden.

Am Mittwoch und heute vormittag wurden in Rom Verhandlungen geführt, an denen Vertreter der Regierung und des Landarbeiterverbandes und der agrarischen Unternehmer teilnahmen. Ueber das Ergebnis ist bisher nichts bekannt.

Wie sich die Militärs die Verhütung der Landarbeiter vorstellen, geht aus dem Erlaß hervor, den das Reichswehrgruppenkommando I an die ihm unterstellten General-kommandos und Brigaden gerichtet hat. Wir gaben heute früh einen Auszug daraus wieder; der ganze Erlaß hat folgenden Wortlaut:

„In der Landwirtschaft mehren sich die Gefahren für die Ernährer. Diebstähle in großem Umfange, kommunistische Gehebe für einen Landarbeiterstreik in der Erntezeit können die Ernte zum großen Teil vernichten und Hungernot herbeiführen. Alle Generalkommandos und selbständige Reichswehrbrigaden haben sich, wo noch nicht geschehen, ungesäumt mit den zuständigen Stellen über die Sicherung der Landwirtschaft in Verbindung zu setzen und rechtzeitig die notwendigen Maßnahmen zu treffen. Die militärischen Maßnahmen werden je nach den Verhältnissen verschieden sein. Es kommen in Betracht: Militärische Streifen, stärkere Patrouillen, Bewachung von Erntearbeitern, Gepanzen, Lastwagen, Verhängung des Belagerungszustandes über ein großes Gebiet, um die Streikheher und kommunistischen Räubersführer zu verhaften. Die Landwirte sind in jeder Beziehung zu unterstützen. Es wird auch darauf hingewiesen, daß sich unter den zurückkehrenden Kriegseingesessenen Tausende befinden, die sich gern als Landarbeiter einstellen lassen.

Besonders bezeichnend ist der Satz, daß die Landwirte, d. h. also der größere Grundbesitz, in jeder Beziehung zu unterstützen seien. Was das bedeutet, braucht nicht auseinanderzusetzen zu werden. Die Landarbeiter sollen mit militärischer Gewalt gezwungen werden unter den ihnen von den Agrariern gestellten Bedingungen zu arbeiten.

Regierungskrise in Spanien.

Madrid, 15. Juli. (Reuter.) Die Regierung ist am Mittwoch wegen der Abstimmung der Kammer über die Wahlminderbrände zurückgetreten. London, 17. Juli. (Reuter.) Die „Times“ meldet aus Madrid, daß der König die De-mission Maura angenommen und Data zu sich ent-bolen habe.

Politische Notwendigkeiten.

Von Dr. Fritz Ausländer.

Herr Heinrich Schulz bemühte sich kürzlich im „Vorwärts“, seinen Getreuen, und wem er sonst etwas vorzumachen hofft, den euphemistisch Schulzkompromiß genannten Schacher mit dem Zentrum als eine politische Notwendigkeit aufzureden. Die Rechtssozialisten haben ja inzwischen das „Notwendige“ getan, d. h. sie haben sich dem Gebot des Zentrums in der Frage der Konfession-nellen Schule unterworfen. Es kann einem ja wirklich in der Seele leid tun, wenn man sieht, daß der Mann, der einst ein Buch, genannt „Die Schulreform der Sozialdemokratie“, schrieb, jetzt drauf und dran ist, zu verbrennen, was er früher angebetet hat; aber da muß es nun wirklich heißen: „Du hast's gewollt!“

Das ist eben das, was sich an allen alten Führern der Rechtssozialisten vollziehende Ver-hängnis, daß der Sündenfall vom 4. August 1914, durch den sie unter „Suspendierung“ des Klassenkampfes in eine gemeinsame Front mit dem Bürgertum traten, mit der Konsequenz eines Naturgesetzes zu immer weiterer Preisgabe der programmatischen For-derungen des Sozialismus führt. Als im November die Revolution ihnen noch einmal die rettende Hand bot, da haben sie — nach vierjährigem Burgfrieden — nicht mehr die intellektuelle und moralische Kraft zu einer ehrenhaften Umkehr aufgebracht. Nun müssen sie alle, die Noske und Winnig und Schulz und Haenisch, Dinge tun, vor denen sich ihr guter Genius in Stunden der Besinnung bekrenzigen müßte. „In dem Kampf für die freie und weltliche Schule auf sozialistischer Erziehungsbasis sah und sehe ich meine eigentliche Lebensaufgabe“, schreibt Heinrich Schulz, und er möchte die Schuld daran, daß er jetzt die Schule aus Zentrum auszuliefern sich anstellt, der Ar-beiterklasse zuschieben, die infolge ihrer Uneinigkeit nicht genügend Macht zur Verwirklichung ihrer Schul-ideale errungen habe. Demgegenüber muß doch gesagt werden, daß die Spaltung der Arbeiter-bewegung gerade durch die Rechtssozialisten verursacht ist und genau so lange dauern wird, als diese fortfahren werden, die Grundzüge des So-zialismus Schritt für Schritt preiszu-gaben. Oder soll vielleicht die Einigung der Arbeiterklasse auf dem „Boden“ der Schulischen Kompromißpolitik er-folgen? Solch einer Illusion halten wir die regierenden Verren Sozialisten denn doch nicht für fähig.

Mit diesem Argument schlägt also Heinrich Schulz sich selbst. Mehr Eindruck dürfte auf schwache Gemüter die schöne Wendung machen, daß „über die eigenen Wünsche hinaus das Wohl der Gesamtheit, die dringenden Bedürf-nisse unseres armen, aus tausend Wunden blutenden, niedergetretenen und durch innere Kämpfe zerrissenen deut-schen Volkes von entscheidender Bedeutung sein müßten“. Wir kennen die Weise und den Text, es ist das alte Lied von Anno 14. Die Wurzel alles Übels, die kapitalistische Produktions- und Verteilungsweise, soll nicht durch prin-zipielle sozialistische revolutionäre Politik ausgerottet, son-dern der kranke Wirtschaft- und Volks-körper im Grunde mit den bürgerlichen Quacksalbern geheilt werden. Das ist Kur-pfuscherei schleimster Art, wobei das Gift noch innen in die Adern schlägt und auswärts, wo es am verderblich-sten ist. Wir kennen nun nachgerade die „verständige“ So-zialerhebung und Sozialisierung, „wo immer sie nur durchzuführen ist“ (mit bürgerlichen Parteien im ledernen Rund Ärmel), die Heinrich Schulz als schöne Frucht der Ehe mit dem Zentrum verheißt: Sanierung des Kapitalis-mus nach Bauerischen Rezepten! In dieser vollstündigen Wachs-stufe kann nur ein Beschleibalg entbunden werden, aber nicht „innerer Friede, Brot und Arbeit“, wie sie das revo-lutionäre Proletariat braucht. Um solchen Preis ist man bereit, mit der Schule unsere Jugend den Pfaffen auszu-liefern!

Was Heinrich Schulz heute nicht mehr wissen darf, ist dies: Die wirtschaftlichen und die kulturellen Forderungen des Sozialismus (wie übrigens auch des Bürgertums) bilden eine organische Einheit; daher ist ein Feilschen im einzelnen im besten Falle — Selbstbetrug. Wollen Heinrich Schulz und die Seinen, irre geworden an der er-lösenden Kraft des revolutionären Sozialismus, die kranke Welt mit bürgerlichen Mitteln kurieren, so ist es allerdings auch „politische Notwendigkeit“, daß sie wohl oder übel auf das sozialistische Kulturprogramm ver-zichten. Da hilft kein Sperren, und Schulz ist darin konsequenter als Haenisch, der noch nicht wahr haben möchte, daß „der Dien muß“. Man bilde sich aber nicht ein, daß man nach einiger Zeit seine Mann-heimer Schul- und Erziehungsbese-m

Friedensfragen.

Vor der Debatte im Unterhaus.

Amsterdam, 17. Juli. Laut „Allgemein Handelsblatt“ meldet „Dollh Telegraph“, daß in der nächsten Woche die Diskussion über den Friedensvertrag im britischen Unterhause stattfinden wird, und daß der Premierminister sich an der Debatte beteiligen wird.

Aufhebung der Kabelzensur.

London, 16. Juli. (Reuter.) Forster teilte mit, daß die Zensur für Kabeltelegramme am 23. Juli um Mitternacht aufgehoben wird.

Einschiffbeschränkung in England.

London, 16. Juli. Die Kommission zur Prüfung des Gesehenswertes betreffend Ausländer fügte eine Bestimmung ein, durch die den Angehö-rigen früherer feindlicher Staaten die Landung und der Aufenthalt in England während zweier Jahre nach der Annahme des Gesehes verboten wird, außer mit Erlaubnis des Staatssekretärs des Innern, die allein aus besonderen Grün-den erteilt wird.

Die Verhandlungen mit Bulgarien.

Sofia, 16. Juli. Die bulgarische Friedensdelegation wird in Neu-Uly unter-gebracht werden. Sie setzt sich zusammen aus Ministerpräsident Theodorow, Justizminister Danew, Handelsminister Solowow, dem Minister der öffentlichen Arbeiten Stambulski und dem chema-ligen Minister Sorolow. Zu Sachverständigen gehört der ehe-malige Ministerpräsident Gischow. Die Delegation tritt am 23. Juli ein.

Foch bei der Siegesfeier in London.

London, 17. Juli. Das Reuterische Bureau erfährt, es werde endgültig fest, daß Foch an dem Siegeszug in London am Sonnabend teil-nehmen werde.

Die Landarbeiterbewegung.

Einen halben Tag lang haben sich die bürgerlichen Blätter nach den Weisungen der Regierung gerichtet und die Hauptschuld für die Streikbewegung in Rommern den agrarischen Unternehmern beigemessen. In der h-eutigen Morgenpresse wird aber wieder die alte Melodie geungen und die Erregung unter dem ländlichen Proletariat auf die Verhütung durch Spartakisten und ähnliche Uebeltäter

Wieder herbeizuführen könne. Das ist dieselbe falsche Meinung wie es jene war, daß man für die Dauer des Krieges den Massenkampf suspendieren könne.

Die sozialistische Lehrerschaft aber wird, Schulter an Schulter mit dem Proletariat, das Banner da hochheben, wo es Heinrich Schulz und seine Gefolgschaft finden lassen.

Das Schulkompromiß und die sozialistische Lehrerschaft.

Eine Tagung der Vereinigung sozialistischer Lehrer- und Lehrerinnen des Niederrheins hat folgende Entschliessung an den Minister Dautzsch gefaßt:

Düsseldorf, 13. Juli 1919.

Die Vereinigung sozialistischer Lehrer und Lehrerinnen des Industriebezirks Niederrhein spricht einstimmig ihre schmerzliche Enttäuschung und lebhafte Entrüstung über das gesehene Schulkompromiß mit dem Zentrum aus, das die Herrschaft der Konfessionen in der neuen Republik festlegen soll. Sie erachtet in dem Kompromiß einen offenen Verrat an der sozialistischen Weltanschauung und bittet in letzter Stunde an der wöchentlichen Einheitschule unbedingt festzuhalten.

Gleichzeitige Entschliessungen wurden an die Vertretungen der linken sozialdemokratischen Parteien gefaßt. Inzwischen aber haben die Rechtssozialisten durch den Beschluß des Kompromisses mit dem Zentrum ihren Verrat an der sozialdemokratischen Grundanschauung vollendet.

Eine Fallmeldung.

Aus Paris wird uns vom 11. Juli geschrieben: Soeben lese ich hier — in dem mit großer Verspätung angelangten „Vorwärts“ vom 6. Juli — einen Artikel des Herrn Viktor Schiff, in dem dieser Herr den Nachweis zu führen versucht, daß durch die Haltung der Unabhängigen gegenüber dem Friedensvertrage der Entente-Regierungen der Frieden gestiftet und daher eine Milderung der Bedingungen unmöglich geworden sei.

Zur Unterstreichung dieser These leistet sich Herr Schiff folgenden Satz:

„Aus Paris meldet der Berichterstatter des „Journal“ in einem zwei Spalten langen Telegramm eine Unterredung mit Dr. Grelling, einer Reihe der Unabhängigen, der an dem Inhalt des Vertrages nicht auszusehen hätte.“

Dieser Satz ist das absolute Gegenteil der Wahrheit und ist von dem Artikelschreiber des „Vorwärts“ wohl nur in der Hoffnung riskiert worden, daß seinen Lesern die Feststellung der Wahrheit aus dem französischen „Journal“ einigermassen käuzerlich sein würde. Um diese Feststellung zu erleichtern und gleichzeitig ein charakteristisches Streiflicht auf die übrigen Behauptungen des Herrn Schiff zu werfen, lasse ich nachstehend die wichtigsten Sätze aus dem Interview vom 20. Mai in Uebersetzung folgen:

„Der Friedensentwurf ist von einer unglaublichen Härte. Als Jurist verstehe ich zwar die Motive der verbündeten Mächte: die Gerechtigkeit verlangt, daß der Schuldige bestraft werde und Sühne leiste, daß er in vollem Maße das andere zugefügte Unrecht wieder gutmache. Aber als Politiker habe ich den Vertrag für undurchführbar. Ich glaube, daß die Entente in ihrem eigenen Interesse gewisse Punkte des Entwurfs wird abschwächen müssen; besonders in den territorialen und ökonomischen Fragen wird sie Konzessionen machen müssen. Unter allen Umständen muß man, soweit als irgend möglich, die Ursachen künftigen Hasses, künftiger Fissionen und Kriege aus der Welt schaffen. Im Osten wird die größte Zukunftsgesahr entstehen.“

Auf die Frage des Interviewers, ob Deutschland nach meiner Meinung unterzeichnen wird, antwortete ich förmlich: Ja, vorausgesetzt, daß man ihm gewisse Konzessionen machen wird. Aber ich hoffe, daß später, wenn diese oder jene Vertragsklausel sich als unerfüllbar erweisen haben wird, und wenn das deutsche Volk den Beweis für seine Reumutigkeit erbracht haben wird, durch die Nachsicht der Alliierten und Milderer an dem größten Verbrechen der Menschheitsgeschichte — daß dann die Alliierten die Vertragsmilderungen bewilligen werden, die einem wahrhaft erneuerten und lebendigen Deutschland seine Wiederherstellung ermöglichen.“

Aus diesen von mir ausgesprochenen und des näheren begründeten Sätzen zieht Herr Schiff das Fazit, daß ich „an dem Inhalt des Vertrages nicht auszusehen“ gehabt hätte. Jedes weitere Wort erübrigt sich.

Dr. Richard Grelling.

Zum Fall Axelrod.

Dem Genossen Dr. Kurt Rosenfeld, dem Verteidiger des in München verhafteten Dr. L. Axelrod, ist folgendes Radiotelegramm aus Petersburg übermittelt worden:

„Genannt Bruno Vertram ist in Moskau gefangen genommen. Wird besonders als Geisel bezeichnet nicht anderen für Axelrod. Wir haben bereits die deutsche Regierung darauf aufmerksam gemacht, daß wir Axelrods Prozeß als politische Aktion und nicht als rechtskräftige Justizaktion betrachten. In der Regierung der baltischen Räterepublik, die mit uns eng befreundet war, fungierte Axelrod als Botschafter mit unserer Regierung, die letztere vor Bayern verteidigt, mit allen Rechten, welche Vertreter zukommen. Die Beziehungen zwischen der Berliner und Münchener Regierung gehen uns nichts an und ins dem Axelrod von uns eine gewisse Sympathie bekommen hat, kann diese durch die Beziehungen zwischen der Berliner und der Münchener Regierung nicht berührt werden. Die Folgerungen daraus werden wir in vollem Maße ziehen.“

Vollkommensrat des Auswärtigen: Tschischowin.

Das Original dieses Radiotelegramms ist dem staatsrechtlichen Gericht in München übermittelt worden, das am 23. Juli den „Hochverratsprozeß“ gegen Dr. Axelrod verhandeln soll. Der Tatbestand ist also jetzt folgender: Dr. Axelrod war zur Zeit seiner Verhaftung nicht nur im Besitz einer diplomatischen Ausweisakrie und insoweit territorial er war auch als Vertreter der Moskauer Regierung bei der Münchener Räteregierung bestellt worden. Seine Exterritorialität konnte er bis heute nicht verlieren, da er keine Möglichkeit hatte, unter scharem Geleit in seine Heimat zurückzukehren und bekanntlich von den Behörden an der Abreise gehindert wurde. Der gegen ihn eingeleitete Hochverratsprozeß bedeutet einen klaren Bruch völkerrechtlicher Bestimmungen und dürfte auch ernste Schädigungen deutscher Staatsangehöriger in Rußland zur Folge haben, da — wie aus dem wiedergegebenen Radiotelegramm hervorgeht — die Moskauer Regierung entschlossen ist, den Prozeß gegen Axelrod mit entsprechenden Repressivmaßnahmen zu beantworten.

Gestern abend — heute früh.

Armer „Vorwärts“! Wie ist dir nun zumute? Gestern noch auf solchen Pfosten, heute — — — Doch wir wollen die Tatsachen für sich sprechen lassen.

Gestern abend machte der „Vorwärts“ in sittlicher Entrüstung über die bösen Unabhängigen, die das deutsche Proletariat aufforderten, sich an der internationalen Demonstration am 21. Juli zu beteiligen. Mit seinem beschränkten Horizont beirratete er diese Demonstration als allein gegen die deutsche Regierung gerichtet, die doch an der Unterzeichnung des Friedensvertrages unschuldig sei. Und so fragte er:

„Was also hat es für einen Zweck, wenn das deutsche Proletariat am 21. Juli mitdemonstriert? ... Wenn die Sozialisten dieser Länder (der Entente) gegen sie (die Regierungen) losgehen, so haben sie unsere ganze Sympathie, aber helfen können wir ihnen dabei nicht.“

Und heute? — Heute veröffentlicht der „Vorwärts“ an der Spitze seines Blattes in fettem Druck einen Aufruf des rechtssozialistischen Parteivorstandes an die Parteioorganisationen, die Aktion der Sozialdemokraten in den Ländern der Entente mit einer Aktion des deutschen Proletariats zu vereinigen und sie zu einer Fundamente aller Sozialdemokraten Europas zu gestalten. — Der „Vorwärts“ versucht zwar heute seine Haltung von gestern zu rechtfertigen, aber es gelingt ihm trotz eines gewaltigen Schwalls von Worten nicht, seine Blamose zu verdecken.

Da übrigens der rechtssozialistische Parteivorstand von einer Vereinigung der Fundamente der deutschen Sozial-

demokraten mit den Sozialdemokraten der Entente nicht und sie zu einer einheitlichen Demonstration internationaler Solidarität erstatten will, ist es selbstverständlich, daß er auch die Forderungen der Entente-Sozialisten an den Frieden macht, die eben in der Demonstration ihren Ausdruck finden. Wie nun? Zu den Forderungen der Sozialisten in der Entente gehört vor allem die nach vollkommener Amnestie für sämtliche politische und militärischen Verbrechen. Es gehört weiter dazu die Forderung nach Wiederherstellung der konstitutionellen Freiheit, der Abschaffung des Belagerungsstatus, des, der reißlosen Aufhebung der Zensur. Es wird wohl nötig sein, daß der sozialdemokratische Parteivorstand umgehend erklärt, daß er diesen Forderungen vollständig beitrete. Tut er das nicht, so sind seine Forderungen nichts anderes als hohle Phrasen oder richtiger als nichts anderes als absichtliche Täuschung.

Der rechtssozialistische Parteivorstand hat das Wort.

Sie denken nicht an Abüstung.

Nach dem sechsten entgültig unterzeichneten Friedensvertrag ist das deutsche Heer bis zum Oktober auf 200 000 Mann zu reduzieren. Es gibt aber noch Militärs, die nicht daran denken, daß die Bedingungen des Friedensvertrages auch erfüllt werden müssen. Nachfolgend geben wir ein Zwiegespräch wieder, das sich auf dem Anmeldebureau der Reichswehr-Schutzdivision Düsseldorf abspielte:

Freiwilliger: Stellen Sie mich ein! Was bekommen ich? Ich bin Chauffeur und Automobilmonteur, bekomme ich als solcher mehr? Wo ist der Standort der Truppe? Ist es bestimmt Berlin und wozu werden wir verwendet? Ist die Stelle dauernd, da doch das Heer in 2 Monaten auf 200 000 und bis 80. März 1920 auf 100 000 Mann herabgesetzt werden soll? Die Entente legt doch eine Kommission ein, um die Stärke des Heeres nachzuprüfen! Das siebenbe Heer zählt doch noch 1 200 000 Mann und da werde ich doch als Neuzulassung in Kürze wieder entlassen werden!

Answerer: Jawohl. Pro Tag 6 M., freie Verpflegung und Kleidung. Nein, genau dasselbe wie andere. Berlin, Bielefeld ist Bestimmungsort. Genau kann wir Ihnen nicht sagen. Daran denken wir gar nicht. Die Gesetze sind da, damit Sie umgangen werden. Wir denken daran gar nicht! Bei guter Führung Abrechnung und Zurückzahlung des Gorgegeldes werden dauernd bei uns Bestand finden, das liegt nur an Ihnen selbst!

„Wir denken gar nicht daran!“ Mit anderen Worten, wir weisen darauf, wir machen, was uns beliebt. Ein solches Verhalten dem Volke im höchsten Maße verwerflich, voll werden muß, was kimmert es uns? „Wir denken nicht daran.“ Um so notwendiger wird es, daß das Volk selbst einmal ernstlich daran denkt!

Klassenunterschied im Leben — Klassenunterschied auch im Tode.

Zeit Lagen kann man jetzt in den reaktionären Schattungen riesige Radrufe lesen, die die Kommandeure deutscher Regimenter den während des Krieges gefallenen Angehörigen ihres Regiments widmen. In langer Reihe werden die Namen der gefallenen Offiziere aufgeführt und selbst die Führer und die Fahnenjunker werden nicht vergessen, und dann heißt es weiter: „Wir haben sie in den letzten Jahren so viele tausend Unteroffiziere und Mannschaften.“

Der ganze Dünkel und Hochmut jener Kreise, die nur entfernt mit der Chemie zusammenhängend erscheinen, ist man den eigentlichen Chemikern vieloch nicht die Leitung übertragen, sondern an ihrer Stelle reine Beamte und Offiziere einsetzen. So unterziehen fast durchweg die militärischen Betriebe, insbesondere die Pulverfabriken, der Leitung von Offizieren, denen die erforderliche gründliche chemische Ausbildung meist recht erheblich mangelt.

In einer Eingabe, die der Verein Deutscher Chemiker, unter seinen 5500 Mitgliedern die Mehrzahl der akademisch gebildeten Chemiker und der chemischen Fabriken Deutschlands umfasst, vor kurzem an die Deutsche Nationalversammlung, die Reichsregierung und die Regierungen der deutschen Gliedstaaten abgehandelt hat, wird nun mit Recht darauf hingewiesen, daß die schweren Zeiten, denen Deutschland jetzt entgegensteht, die ungenutzte Mitarbeit eines jeden Einzelnen und eines jeden Berufes zum Wiederaufbau des Vaterlandes gebieterisch erfordern. Da entsprechend nun aber alle bürgerlichen und militärischen Behörden einer Umgestaltung unterliegen sollen, erscheint es in der Tat als unabweisbar, alle jenen geistigen Vermächtnisse zu beiseite lassen, die der Betätigung der Chemiker bei den einzelnen Behörden bisher entgegenstanden. Der Verein Deutscher Chemiker hat daher mit Recht folgende Forderungen erhoben, deren Durchführung nicht nur einem einzelnen Stande, der bis dahin zum Schanden der Allgemeinheit von der Gleichberechtigung mit anderen Berufsständen ausgeschlossen war, die Möglichkeit gäbe, sich auch an neuen Gebieten zu entfalten, sondern deren Erfüllung auch höchlich dazu beitragen dürfte, den notwendigen und schwierigen Wiederaufbau zu beschleunigen.

1. Die Beseitigung der gesetzlichen Bestimmungen, die der Anstellung von entsprechend vorgebildeten Chemikern in den Verwaltungsbehörden des Reiches und den Gerichten, der Gliedstaaten und der Gemeinden entgegenstehen.

2. Die Anstellung akademisch gebildeter Chemiker als Beamteten für die Bearbeitung der chemischen Fragen in den Reichsämtern und den Ministerien der einzelnen deutschen Gliedstaaten.

3. Die Gleichstellung der chemischen Beamten mit den anderen vorgebildeten in jeder Beziehung (Befugnisse, Besoldung usw.).

4. Für Verwaltungsstellen nicht technischer Natur (reine Verwaltungsbeamte) sind auch akademisch gebildete Chemiker mit entsprechender theoretischer und praktischer Vorbildung (durch Betrugungskurse) zuzulassen.

Chinesische Kultur.

(S. Mend: Sozialismus und Anarchismus in China.)

Seiner Größe nach ist China ein Erdteil, seinen geistigen Leistungen nach eine Welt, die uns Europas in jeder Beziehung beschämt. Seit einigen Jahren beginnen die geistigen Werte Chinas, besonders seine Religion, Philosophie und Dichtkunst die modernen und unerschütterlichen Menschen in Deutschland zu bezaubern, mit Staunen und Ehrfurchung zu erfüllen. Und dies ist kein Zufall. Tief und groß ist unter uns allen die Sehnsucht nach einem neuen geistigen Inhalt, der ganz anderer Art sei als alles, was in Europa seit Beginn der Geschichte geschaffen wurde. Was hier an Kunst, Sitte, Religion hervorgebracht worden ist, ist veraltet. Die bürgerliche Welt geht zugrunde — diese hindernde Leberzeugung erfindend uns allen geistigen Schöpfungen der Bourgeoisie. Noch ist der Sozialismus nicht dazu gekommen, eine eigene Kultur zu schaffen, noch hat das Proletariat die Erbschaft der Philosophie, die ihm Engels zugesprochen hat, nicht erworben können, um sie zu bewahren und die bürgerliche Kultur abzuschaffen, aber dieser weltgeschichtliche Prozeß hat begonnen und eine seiner großen Symptome, ein negatives zwar aber doch ein sehr wichtiges, ist die Abkehr vom europäischen-barbarischen West und die Annäherung an den menschenfreundlichen China. Ja, China, dieses uralte, seit langem nur noch im Traum lebende, zum Teil ganz verkommene Land, erfüllt unsere Gedankenwelt mit einem anderngeistlichen Reichum geistiger Ergebnisse des menschlichen Geistes, wie es nie eins in Europa gegeben hat.

Durch seinen Ruf von 6 Vorträgen ist es Genossen Wittvogel gelungen, eine kleine Gemeinde zu einem öffentlichen Bekanntnis zum Werte Chinas zu vereinigen. Die 200 Zuhörer, die seinen schönen Worten seit 6 Wochen treu geblieben und ihm von der Berliner Sektion in die Schaulustige Spelstraße 2 gefolgt sind, sind keine bürgerlichen Menschen, die in China Konzessionen suchen, sondern zum größten Teil Klassenbewußte, geistige Arbeiter, die der europäischen geistigen und materiellen Barbarei müde geworden, die bezaubernde Macht und Stärke, die religiöse Heberlegenheit und nachsichtige Güte aller Ergebnisse des chinesischen Geistes wie ein Schmuckstück und einen Trakt genießen.

Aber das Wesen des chinesischen Geistes erkannt hatte, wurde im nächsten Vortrage durch Teile der sozialistischen und anarchistischen Denker der Chinesen nicht übersehen. Der Sozialismus hat es in China nicht zu Bewusstseinsbildungen gebracht

wie in der Infanterie, es gibt aber zahllose Beweise, daß die hütige und menschenfreundliche Art des chinesischen Charakters sich praktisch ausgedeutet hat. Während Alexander, der sogenannte Große, das Blut von hunderttausend griechischen und persischen Bauernschichten vergoß, um fremde Völker unterjochen zu können, schieten chinesische „Kaiser“ des Selbstbestimmungsrecht der Untertanen. Nach der Agrarkommunisten war in China gewisse Abkehr. Echten Sozialismus finden wir in den Werken von Maug-Dsi, von denen Wittvogel einige Stille vorlas. Auch die Aufhebung des Unterschiedes zwischen Kopf- und Handarbeiter hat die Chinesen beschäftigt. All dies ist nicht weiter verwunderlich bei einem Volke, das den Militarismus verachtet, Künstlern und Gelehrten den ihnen gebührenden Rang im Staate einräumt und von dem Geist der europäischen Kirche verachtet geliebte ist.

Forderungen der deutschen Chemiker.

Von Prof. Dr. O. Grossmann.

Die Bestrebungen der Techniker aller Art, größeren Einfluß auf die Leitung des Staates und die innere Verwaltung zu gewinnen, datieren zwar schon weit zurück, aber trotzdem ist es bisher noch immer nicht gelungen, das Juristennomonopol in wirksamer Weise zu erschüttern. Auch die Ereignisse der letzten Jahre haben bisher noch nicht vermocht, hier durchgreifenden Wandel zu schaffen. Trotz des Emporklommens der deutschen chemischen Technik in den vergangenen sechs Jahrzehnten ist den deutschen Chemikern der Weg zur Betätigung in der Verwaltung und der Rechtsprechung immer noch versperrt geblieben. Man muß sogar leider sagen, daß die gewaltigen Erfolge der deutschen chemischen Industrie gumeist ohne Unterstützung von Seiten der Behörden und vielfach sogar im Kampfe errungen worden sind, Auch die beispiellosen Leistungen der chemischen Industrie im Kriege sind nicht selten durch das mangelnde Verständnis der militärischen und bürgerlichen Behörden beeinträchtigt worden. Wenn man bedenkt, daß, vom Vatenamt abgesehen, im deutschen Richterstand Männer mit chemischer Vorbildung bisher überhaupt kaum zu finden waren, während doch in vielen Rechtsstreitigkeiten eine Behandlung chemischer Fragen nicht zu umgehen war, so versteht man es, daß darunter sogar die Rechtsprechung hat manchmal leiden müssen. Aber nicht nur auf Gebieten, die dem Leben meist

Wenn erst beim Offizier beginnt, tritt nirgends so furchbar und ergreifend zutage als in diesen Todesanzeigen. Noch im Tode wird hier ein Unterschied gemacht zwischen Herren und Dienern. Es ist allerdings selbstverständlich, daß die Tausende von Mannschaften unmöglich namentlich aufgezählt werden können, aber ebenso es Menschenpflicht, daß dann auch die Namen der Offiziere verzeichnet werden. Letztere Vitternis muß alle die erfassen, die ihre Lieben, die nicht die Eheleute trugen, im Felde verloren haben, die gar oft genau von ihnen die Klage über den Unterschied, der zwischen Offizier und gemeinem Mann bestanden hat, anhören mußten, und die nun sehen müssen, wie dieser Unterschied, auch noch im Tode weiter erhalten bleibt.

Der Austritt aus dem Untersuchungsausschuß.

Der Austritt des Vertreters des U. S. V. aus dem Untersuchungsausschuß der Preussischen Landesversammlung ist den Rechtssozialisten sehr unangenehm. Die P. S. R. bestreiten den Austritt unersetzlicher Genossen mit Vermerkungen, die erkennen lassen, wie richtig es war, vor der Öffentlichkeit festzustellen, daß von dem Untersuchungsausschuß die Ermittlung der Wahrheit nicht zu erwarten ist.

Die P. S. R. behaupten, daß wir von dem Gange der Ermittlungen nicht entzogen seien und deshalb nur einen Vorwand benutzt hätten, um aus dem Untersuchungsausschuß auszusteigen zu können. Davon kann aber erstlich keine Rede sein. Wir haben keinen Grund, mit dem Ergebnis der bisherigen Untersuchung unzufrieden zu sein, und wir brauchen daher auch nicht einen Vorwand zum Austritt zu suchen. Die bisherigen Ermittlungen sind über die ersten Anfänge einer gewissen Erforschung der Wahrheit noch gar nicht hinausgekommen. Die Vernichtung der Beweise, die aus eigener Anschauung über die Januarunruhen Befundungen machen können, hätte erst kürzlich begonnen. Die Hauptzeugen stehen noch aus. Mühen läßt sich das Ergebnis der Untersuchungen noch gar nicht voraussehen.

Die Behauptung der P. S. R., unser Vertreter habe die Arbeiten des Ausschusses durch unsinnige Beweisanträge sabotiert, ist frei erfunden. Unsererseits sind nur sachgemäße Anträge gestellt worden, denen bisher durchweg stattgegeben wurde. Der Ausschuß hat allerdings zu den Anträgen unseres Vertreters, die Vorgänge bei der Ermordung Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs und die Vorfälle bei der Verhaftung Ledebours zu erörtern, noch nicht Stellung genommen. Diese Anträge werden sehr nach dem Ausscheiden des Vertreters des U. S. V. sicherlich von den Rechtssozialisten aufgenommen werden.

Unser Vertreter ist lediglich deshalb aus dem Untersuchungsausschuß ausgeschieden, weil dieser aufgehört hat, ernstlich die Wahrheit zu erforschen. Daran ändert alles Errede der P. S. R. nicht das Geringste. Die Arbeiten des Ausschusses sind gerichtet.

„Kassenscheide.“

Hunderttausende Amerikaner haben die Genehmigung zur Einreise nach Deutschland nachgesucht. Das treibt die „Deutsche Zeitung“ zu einem langatmigen Artikel gegen die Massenvererber. Obwohl in den Reihen ihrer Leser mehr Menschen mit „fremdem“ Blut zu finden sein dürften als in allen anderen Bevölkerungskreisen, glaubt sie, für deren völlige Regeneration Sorge tragen zu müssen: Am deutschen Wesen soll die Welt genesen, deshalb keine Gemeinschaft mit Dornen und Schandweibern, die den Männern ihre Würde die Hand reichen können; sonst bringt die Kassenscheide den Untergang des deutschen Volkes — natürlich ein beachtliches Mittel des Mauerhandes, und dazu zu verderben. — So geht es weiter. Wenige Tage, nachdem der Antierwerksdrucke ratifiziert worden ist, führt die „Deutsche Zeitung“ ihren Lesern zu Gemute, auch künftig in den anderen Völkern nur „eine Masse der Höligen“ zu erbliden, wie es die alten Germanen schon getan hätten.

Und könnte der Massenholz der „Deutschen Zeitung“ ja gleichgültig sein, denn es ist nicht zu befürchten, daß die „tassenscheide“ die deutsche Weltverschwörung nicht noch einmal ausführen können. Eines merkwürdig erscheint diese Kasstrennung der „Deutschen Zeitung“ nach dem Kriege, da ein großer Teil ihrer Leserschaft doch jenen Kreisen nicht allzu fern steht, die in „tassenscheide“ Weise in den besetzten Gebieten gehandelt haben, aller-

Es kann übrigens auch keinem Zweifel unterliegen, daß die neu gebildeten Organisationen der angehenden Chemiker, vor allem der „Bund angelegter Chemiker und Ingenieure“, diesen Forderungen des „Vereins Deutscher Chemiker“ zustimmen wird, denn gerade auch für den angehenden Chemiker wird in Zukunft eine freiere Entfaltungsmöglichkeit in Staat und Gesellschaft gewährt werden müssen. Wer die „Kassenscheide“ auf chemischem Gebiete in ihrer vollen Bedeutung erkannt hat, wird jedenfalls erst recht dazu Veranlassung nehmen, der die obigen Forderungen der deutschen Chemiker einzutreten.

Die Vorträge Emil Fischer findet morgen (Freitag) nachmittags 4 Uhr in Wannsee statt. — Im chemischen Institut der Universität fand gestern eine Besprechung für den bevorstehenden Belehren statt, bei der Professor Gabriel die Gedächtnisrede hielt.

In Paris ist ein Komitee gegründet worden, das über ein Kapital von einer Million Francs verfügt, und das die Absicht verfolgt, unter dem Namen Kamfah-Stiftung Stipendien für französische Studenten, der Chemie zu schaffen. Die Kamfah-Stiftung soll die französisch-englische Freundschaft festigen und im Namen des großen englischen Chemikers Sir William Ramsay das französische Studium der Chemie an englischen Universitäten fördern.

700 neue Theater in England. In England steht man augenblicklich im Besitz, ein großangelegtes Theaterprojekt zu verwirklichen. Man will ungefähr 700 neue Theater gründen, die sich als „Kleine Theater“ oder „Theater für alle“ über das ganze vereinigte Königreich verteilen sollen. Wie der Name schon andeutet, sind die Theater in erster Linie für die breiten Volksschichten gedacht; sie sollen alles Exklusive vermeiden und wirklich für Jedermann werden. Alle modernen Erfahrungen in Bühnen für Dekoration und Beleuchtung werden beim Bau der Theater, deren einige schon im Entstehen sind, nutzbar gemacht werden. Der Spielplan soll Scherz und Lustspiele, klassische Stücke, Poesie, Konzerte, ja sogar literarische Aufführungen umfassen. Die kleinen Theater werden nur Parkettplätze, keine Logen und Galerien haben.

Das Friedensfest in London. Das englische Friedensfest soll nach amtlicher Bestimmung am 19. Juli gefeiert werden. Die Hauptveranstaltung wird ein Festzug von ungefähr 19 000 Soldaten aller alliierten Nationen sein. Von diesen 19 000 werden

hing ohne daß sie vorher Selbsterlaubnis nachgeschickt hätten. Oder sollte das nur aus kulturellem Interesse geschehen sein?

Ein fröhlicher Tag.

Wie sich Regierungstruppen amüsieren.

An einen Teil der Berliner Bevölkerung wird in diesen Tagen die folgende Einladung verichtet:

Berlin, den 18. Juni 1919.

P. P.

Zu dem am Sonntag, den 27. Juli 1919, stattfindenden Sommerfest erlauben sich Unterzeichnete Sie ganz ergebenst einzuladen. Das Fest findet zu Ehren unserer in den Unruhen Deutschlands gefallenen Kameraden statt, verbunden mit einer Dampferpartie nach Schmöder. Es stehen 4 bis 6 Dampfer zur Verfügung. Auf jedem Dampfer eine große Militärkapelle. Abfahrt morgens 8.30 Uhr ab Oberbaumbrücke, Rückfahrt gegen 9 Uhr abends. Gleich nach Ankunft großes Picknick im Walde. Essen und Trinken, überhaupt die Verpflegung des ganzen Tages ist frei. Hierfür sind allerlei Leckerbissen bereitgehalten. Für Unterhaltung und Belustigung jeder Art ist auf die denkbar beste Weise gesorgt. Tanzzeit im Walde aufgestellt. Nachmittags große Verlosung von Kognak, Rot- und Weißwein usw. aus alten Oeerebeständen. Abends großer Fackelzug mit bengalischer Beleuchtung und Feuerwerk. Schokolade und Kandys werden an jedermann als Liebesgaben verteilt. Außerdem erhält jedes Kind noch ein Extrageschenk. Bei Eintritt der Dunkelheit Lichtvorzug im Freien über die Gezeiten der Spezialisten in den Märzruhen in Berlin.

Außer verschiedenen hohen Persönlichkeiten nimmt der Reichswehrminister Rolke persönlich an dem Fest teil. Wir haben es uns zur Aufgabe gemacht, dies Fest so zu rangieren, daß ein jeder, der daran teilgenommen hat, gern an das Sommerfest des Freikorps „Oven“ zurückdenken wird. Alles in allem dürfte es ein fröhlicher Tag werden, von demen es heutzutage nicht allzu viele geben dürfte.

Wir hoffen daher, auch Sie zu unseren Gästen zählen zu dürfen, denn hübsche junge Damen sind besonders gern gesehen.

Darum heißt die Parole für jeden am Sonntag, den 27. Juli, „Auf zur Oberbaumbrücke“.

Willkommen von Freunden und Bekannten ist erwünscht. Ein Jeder ist herzlich willkommen. Dies Schreiben gilt als Ausweis und werden nur gegen Vorzeigung dieses die Fahrkarten verabsichtigt.

Der Preis für die Hin- und Rückfahrt beträgt M. 5.—

Freikorps „Oven“, Organisationskomitee.

Kauffinger, Leutnant, Niemann, Hauptmann, John, Feldwebel.

In diesen trüben Zeiten ist es jedem Menschen zu gönnen, wenn er sich einen fröhlichen Tag macht und auch den Regierungstruppen ist es nicht zu verübeln, daß sie sich amüsieren wollen. Jedenfalls sieht es die übrige Bevölkerung lieber, daß sie sich mit hübschen jungen Damen, mit Tanz und Feuerwerk beschäftigen, als daß sie sich mit der Unterdrückung von „Unruhen“ beschäftigen.

Es drängt sich jedoch eine Frage auf und wir hoffen mit Bestimmtheit, daß sie uns ohne Umstände beantwortet bis bei solchen Gelegenheiten übliche Lächerkeit beantwortet wird. Wer trägt die Kosten für diesen fröhlichen Tag des Freikorps „Oven“? Diese Kosten werden nicht gering sein. Essen und Trinken nicht nur für die Soldaten, sondern für sämtliche Teilnehmer, die in großer Zahl mitgebracht werden sollen, ist während des ganzen Tages frei. Schokolade und Kandys, die der Normalbürger zur Zeit nur noch vom Hörensagen kennt, sollen an jedermann als Liebesgaben verteilt werden und dazu kommt die große Verlosung von Weinen aus alten Oeerebeständen.

Alle Tage hört man jetzt von Regierungsleuten ein neues Lied über den Geldmangel des Staates; den streikenden Arbeitern wird vorgerechnet, daß das Reich zugrunde gehen müsse, wenn man ihre Forderungen bewillige. Für das Sommerfest des Freikorps „Oven“ scheint aber Geld im Überflus zu sein, und da die Teilnahme des Herrn Rolke wie anderer hoher Persönlichkeiten angefordert wird, so ist anzunehmen, daß die Regierung um dieses Fest weiß. Sie wird uns also unsere Frage auf das schnellste beantworten können!

5000 auf England und seine Kolonien, 3000 auf Amerika entsenden; Frankreich, Belgien, Italien und Japan werden mit je tausend Mann vertreten sein, während Serbien, Griechenland, Rumänien, Polen, China und die Tschechoslowakei je 300 Mann als Beobachter entsenden werden. 4000 Notroten der englischen Kriegsmarine und 1000 der Handelsmarine sowie eine Delegation von fünf-hundert Frauen sollen sich ebenfalls dem Zuge anschließen.

In Anbetracht der Ansprüche der verschiedenen Nationalitäten auf die in Wien befindlichen Kunstgegenstände bereiten laut „Köln. Zig.“ Vertreter der Literatur- und Kunstwelt der neutralen Länder, welche die Verschleppung dieser Sammlungen als ein Unglück für die Wissenschaft betrachten, eine Eingabe an die Friedenskonferenz vor, in welcher sie im allgemeinen Interesse bitten, sämtliche Museen Wiens zu internationalisieren und unter die Kontrolle des Völkerbundes zu stellen, der allein über die Besitzrechte zu entscheiden hätte.

Blutjunge Welt.

Unter diesem Titel ist von Bruno Schönlank im Verlag Paul Fischer (Verlin) ein neues Bündchen Gedichte erschienen (Preis geb. 1.80 M., geb. 2.80 M.). In diesen Versen lebt Weltgefühl, Sehnsucht nach Freude, menschlicher Verbrüderung und Verjüngung. Im Kriege entstanden, ringen sie aus dem Dunkel ins Licht, der stürmische Drang erfüllt sie, die Arbeit zu befreien, den Menschen zu erlösen:

Die Erde bröckelt
Von unserem Ringen,
Das Korische stöhnt
Und muß aufspringen.
Denn der gemordeten Brüder im
Sinne mit dem Schicksale,
Den Fellen und Knöcheln,
Wir tragen die blutjunge Welt.

Expressionistische Dichtungen werden der Arbeiterschaft zum ersten Male durch einen Sturm-Abend übermitteln. Auf Einladung der Freien Jugend wird Rudolf Blümler am Sonnabend, den 19. Juli, abends 8 Uhr, in den Räumen der Freien Jugend, Petersburger Straße 10 I, Dichtungen von August Stramm, Kurt Hiller, Gerhart Hauptmann u. a. zum Vortrag bringen. Eintrittskarten an der Abendkasse.

Zur Befehung der. Veeliger Heilstätten.

Ein Mißtrauensvotum gegen die Arbeitervertreter der Landesversicherungsanstalt.

Das Gewerkschaftskartell in Veelich hat sich am letzten Sonntag mit der militärischen Befehung der Heilstätten befaßt und insbesondere mit der Rolle, die die Arbeitervertreter im Vorstand der Landesversicherungsanstalt dabei spielen. Es wurde folgende Resolution beschloffen, die auch von der am Nachmittag stattgefundenen öffentlichen Versammlung einstimmig gutgeheßen wurde:

Zu der militärischen Befehung der Heilstätten Veelich haben die organisierten Arbeiter der Heilstätten und der Stadt Veelich Stellung genommen. Sie erklären hiermit, daß die Arbeitervertreter im Vorstand der Landesversicherungsanstalt Veelich nicht ihre Pflicht erfüllt haben, indem sie sich über die Vorkommnisse in den Heilstätten nicht genügend orientiert haben. Die Arbeiter stehen auf dem Standpunkt, daß die Arbeitervertreter der Landesversicherungsanstalt sich an Ort und Stelle über die Angelegenheit hätten informieren müssen; wäre dies geschehen, so hätte es nicht verkommen können, daß der militärischen Befehung von Arbeitervertretern zugestimmt werden konnte.

Weiter wird in der Resolution angeführt, daß der Direktor der Heilstätten, Herr Bengin, auf die Frage, ob er die Befehung veranlaßt habe, wörtlich erklärt hat: „Wenn ich die Befehung veranlaßt hätte, müßte ich verrückt sein.“ Das ist das Urteil von leitender Stelle der Heilstätten. Wenn die Arbeitervertreter den entgegengelegten Standpunkt vertreten, so besitzen sie, wie die Resolution weiter ausführt, nicht mehr das Vertrauen ihrer Wähler und müssen daraus ihre Konsequenzen ziehen.

Inzwischen hat sich auch der Kreisarbeiterrat mit der Angelegenheit befaßt und in einer Entschließung die Forderung aufgestellt, das gewaltsam entfernte Arbeiteramtsmitglied sofort wieder einzustellen. Die militärische Befehung ist mittelmäßig wieder abgerückt. Geheimrat Dr. Freund hat der Truppe für ihr Vorgehen den größten Dank ausgesprochen.

Ein japanisches Dementi.

Suas, 16. Juli.

Nach dem Niederländischen Kons. Bureau teilt die japanische Gesandtschaft im Haag mit: Die Blätter haben unlängst tendenziöse Gerüchte verbreitet, daß Deutschland während des Krieges bei der Regierung von Japan verschiedene Verträge unterzeichnet habe, um Japan von den Alliierten loszuretzen. Deutschland soll unter anderem Japan freie Hand gegenüber den Niederländischen Kolonien angeboten haben. Der japanische Gesandte ist ermächtigt, diese jeder Grundlage entbehrenden Gerüchte auf das Bestimmteste zu dementieren.

Amerika verlangt Aufklärung.

Amsterdam, 17. Juli.

Nach einer Meldung des „Telegraaf“ hat der amerikanische Senat eine Entschließung angenommen, in der Wilson um Aufklärung über die Verhandlungen ersucht wird, die Lodge und anderen Senatoren zufolge letztes Jahr zwischen Deutschland und Japan geführt worden sein sollen. Ein Teil der Senatoren betrachtet die Schantungfrage als den schwachen Punkt im Friedensvertrag. Der Senat hat vorgeschrieben über diese Frage verhandelt.

Gewerkschaftliches.

Zum Schiedspruch im Bankgewerbe.

Die am 15. Juli 1919 versammelten Vertreter der gewerblichen Bankanstalten, Vorstandsmitglieder des Allgemeinen Verbandes der Deutschen Bankbeamten, sollten heute (Sonntag) Mitglieder der Arbeitervereine des Groß-Berliner Bankgewerbes haben nach einem Bericht des Sektionsleiters Heinrich Beil über die Abhaltung des Schiedspruches beschloffen, den Groß-Berliner Bankleistungen und dem Verband Berliner Bankleistungen folgende Forderungen zu unterbreiten:

1. Sofortige Aufhebung einer einmaligen Wirtschaftshilfe, und zwar für die Belehren 1500 M., für die Unterbelehren 1000 M.;
2. Sofortige Einführung der 42stündigen Arbeitswoche;
3. Bezahlung der Ueberstunden mit 2 M. pro Stunde;
4. Bezahlung der Sonntagsarbeit mit 2.80 M. pro Stunde;
5. Befreiung der Kassaboten von jedem Wagh- und Sickerheitsdienst;
6. Weiterleitung der Dienstreise im zugehörigen Ausmaß oder Zahlung eines Abfertigungsbetrags von mindestens 500 M. pro Jahr;
7. Erhöhung der monatlichen Entschädigung für die Bureaureinigung auf mindestens 80 M., für die Uebernahme der Heizung auf mindestens 15 M.;
8. Gleichstellung der gewerblichen Angestellten mit den kaufmännischen Angestellten in der Behandlung der Anrede;
9. Einführung einer vierwöchentlichen Mindest-Rundigungsfrist für alle gewerblichen Angestellten;
10. Einführung eines Urlaubsjahres.

Die Versammelten nahmen ferner eine Entschließung an, die sich auf die gewerblichen Bankbeamten Deutschlands bezieht und sie auffordert, sich unverzüglich mit den Berliner Kollegen solidarisch zu erklären und gemeinsam in die Bewegung einzutreten, damit die überaus kostlose Lage der gewerblichen Bankangestellten verbessert und alle Arbeitsstände beseitigt werden.

Die Versammelten beauftragten einmütig die Sektion Bankbeamten des Allgemeinen Verbandes der Deutschen Bankbeamten mit der Durchführung der Aktion und erklärten die Sektion Kassaboten als die alleinige Vertretung der Interessen der gewerblichen Angestellten an.

Die Forderungen sollen bis zum 20. Juli den Bankleitungen und dem Bankverband überreicht werden. Man rechnet auch damit, daß auch die gewerblichen Bankangestellten der größeren Städte sich dieser Bewegung anschließen, da die Lage der Kassaboten überall eine überaus schlechte ist.

Rechtssozialistische Moral. Wie sehr die arbeitserfindliche Politik der Rechtssozialisten das Sozialistengewühl und die Moral der Arbeiterschaft untergräbt, dafür liefern Vorgänge in einigen Großbetrieben deutliche Beweise. Die Brauereiarbeiter mehrerer Großbetriebe sind feinerzeit der Parole des Generalstreiks, die von der Vollerfassung der Arbeitervereine durch den Anschlag der Ermordung Rebinns einstimmig ausgeprochen worden war, gefolgt. Einige Rechtssozialisten meinten allerdings, für einen solchen Streik zu jung zu sein. Sie arbeiteten oder nicht weiter, sondern hielten noch zu den Wählern, um den sozialprotestantischen Fühlerstreifen der Arbeiter die Augen abzugewöhnen. Keine Kollegen, diese rechtssozialistische Verleumdung

Die Arbeiterbewegung wird durch die...
sorgen, daß dieser Demoralisierung in ihren Betrieben ein
Damm gesetzt wird.

Die Arbeiter-Gewerkschaften nahmen in einer Versammlung
am 15. Juli zu den Angelegenheiten der Arbeiter-Einstellung
Ein Teil der Unternehmer hat unsere Forderung, betreffend
Leistungszulage und Urlaub, bewilligt. Die Vereinigung der
Arbeitgeber im Groß-Berliner Völkergewerbe will in puncto
Leistungszulage nur ein Drittel der geforderten Summe zu-
gestehen, ebenso ist die von der genannten Vereinigung gedachte
Lösung der Urlaubsfrage für die schwer arbeitenden Völkler
billig ungenügend. Die Völkler erwarten daher von dem Verein
der Arbeitgeber, daß ihre gerechten Forderungen nunmehr aner-
kannt werden, und fordern in einer Resolution eine umgehende
letzte Verhandlung bis zum 23. Juli in dieser Angelegenheit. In
der Versammlung wurde dann ein Artikel aus der „Allgemeinen
Völkler-Zeitung“ — „Hagewerbe-Zeitung“ — (Arbeitgeber-
Organ) vom 11. Juli 1919 verlesen, der den Berliner Völkler-
gewerkschaften Treubruch am Lohnlarif betreibt und noch weitere recht
abgeschmackte Sätze enthält. Diese Resolution wurde von den Versamm-
lungsbekanntmachern recht abfällig kritisiert.

Herr Peine, der in den Versorgungsämtern der Bezirks-
Kommandos als Streifenführer tätig ist, sendet uns eine Zuschrift,
wonach er die in unserem Bericht aufgestellte Behauptung, er bezöge
600 Mark Monatsgehalt als Lehrer und habe sich bereit erklärt,
ebenfalls auch für 2 Mark täglich zu arbeiten, als unwahr erklärt.
Wir hätten unseren Artikel auf die Angaben der Streifenführer,
welche aber noch zum Ausdruck bringen, daß das Gehalt des
Herrn Peine auch dann zu beurteilen ist, wenn sein Gehalt, das
er als Lehrer bezieht, wesentlich niedriger wäre als 600 Mark im
Monat.

Groß-Berlin.

Agitationserfolge auf dem Lande.

Vielfach geben uns Nachrichten zu, aus denen hervorgeht,
daß durch Berliner Genossen, die sich auf dem Lande zur Er-
holung aufhalten und bei dieser Gelegenheit Agitationsversamm-
lungen abhalten, gute Erfolge erzielt werden. So auch vor eini-
gen Tagen in Lychen in der Mark. Man war nicht wenig er-
staunt, als im dortigen Ortsblatt eine Versammlungseinladung
veröffentlicht wurde, die von der U. S. P. einberufen war. Trotz
großer Vorurteile konnte man den Einberufer nicht feststellen;
um so erstaunter war man, als sich am Tage der Versammlung
ein bei dem dortigen Gemeindevorsteher wohnender Genosse aus
Berlin als der „Friedensstörer“ zeigte.

Nach einem Referat des Genossen Pfeiffer aus Berlin
versuchten die Ortsgrößen der Mehrheitsler zu retten, was zu
retten war. Die von Berlin angeforderten Redner waren aus-
geblieben. Einige Bürgerliche Herren, die erst das Wort nehmen
wollten, wählten der Tapferkeit besseren Teil. Nach einem Schlus-
wort des Genossen Herbst traten sofort 30 Genossen dem neu-
gegründeten Ortsverein bei. Weitere Helfer sind in den nächsten
Tagen aufzunehmen.

So, wie in Lychen, ist es überall; gelingt es uns, eine Ver-
sammlung abzuhalten, so zeigt es sich, daß viele, noch heute bei
den Reichssozialisten organisierte Mitglieder, sofort zu uns kom-
men, weil sie die Politik der „Rechtsler“ nicht mehr mit-
beantworten wollen.

Abwehr gegen streiklustige Ärzte.

In der in Nr. 223 der „Freiheit“ unter der Überschrift
„Ärzte verweigern die Behandlung von Streikenden“ veröffent-
lichten Notiz wird uns noch geschrieben: „In den Schalterräumen
der Allgemeinen Ortskrankenkasse Reußlin befindet sich ein Aus-
hang, worin darauf hingewiesen wird, daß auf Grund einer Rund-
schreibung unter den Kassenzurückgebliebenen Keinerlei Leistung
zu leisten ist und daß der Ausschuh des Ärztevereins im Falle
eines Bürgerstreiks für die ärztliche Behandlung der Kassemit-
glieder Bürgschaft leistet.“

Die hier übernommene Bürgschaft kann der Ausschuh des
Ärztevereins für den Augenarzt Dr. Berger, Reußlin, Berliner
Straße 42, wohl nicht leisten. Denn auch ohne Bürgerstreik lehnt
Herr Dr. Berger die Behandlung der Angehörigen von Streiken-
den ab! Er ist also reaktionärer als der reaktionäre Bürgerrat
und macht sich seinen eigenen Streik. Alle Arbeiter aber, die so
„radikal“ sind, daß für sie im Notfalle „fogar“ ein Streik in Be-
tracht kommt, sollten sich hiernach richten und sich dem Herrn,
der sie offenbar nicht gern sieht und sie je nach ihrem politischen
Glaubensbekenntnis behandelt oder ohne Hilfe wegschickt, nie-
mals ausdrängen. Den Mitgliedern der Reußliner Orts-
krankenkasse stehen noch einige andere Augenärzte zur Verfügung.
Die Kranken haben somit also nicht nötig, sich auf eigene Kosten
in private Behandlung zu begeben! Man suche nur diejenigen
Ärzte auf, die in dem Kranken nur den hilfebedürftigen
Patienten sehen. Wer seine Hilfeleistung von irgendwelchen per-
sönlichen Eigenschaften des Patienten abhängig macht, verkennt
die Pflichten, welche ihm sein Beruf auferlegt und eignet sich vor
allem nicht zum Kassenzurückgebliebenen. Die Kassenzurückgebliebenen
sollen auf die Hilfeleistung der Kassenzurückgebliebenen
Rechnung zu tragen. Auch dieser Fall beweist übrigens die drin-
gende Notwendigkeit der Sozialisierung der Postkassen!

Die Aktionäre der Großen Berliner Straßenbahn liefen heute
vormittag im Ringgold ihre beschließende Generalversammlung
ab, in der über den Vertrag mit dem Zweigverband Groß-Berlin
verhandelt wurde, nach welchem das gesamte Unternehmen in den
Reichsverband übergehen soll. Bei Abschluß des
Vertrages waren die Verhandlungen noch nicht abgeschlossen. Das
Unternehmen soll vom 1. Januar 1919 auf Rechnung des Ver-
bandes gehen und vorläufig von der Direktion fortgeführt werden.

Umzug des Zentralrats. Der Zentralrat wird in den nächsten
Tagen die im Herrenhause innegehabten Räume infolge des Be-
schlusses des Staatsministeriums aufgeben und in das Kronprinzi-
liche Palais unter den Linden, Eingang Oberwallstraße, über-
ziehen. Die Reichsamt-Betriebsverwaltung ist bereits aus-
gezogen und befindet sich jetzt Wilhelmstraße 72. Alle geeigneten
Räumlichkeiten im Herrenhause sind dem Wohlfahrtsministerium
zur Verfügung gestellt, dessen Abteilung für Wohnungswesen sich
bereits dort befindet, während die anderen Abteilungen, die erst
eingerichtet werden, jetzt der Umzug bevorsteht.

Der Zentralrat besteht heute aus Reichssozialisten. Nach der
von ihm eingeschlagenen Taktik dürfte es nur eine Frage der Zeit
sein, wie lange man ihn in dem neuen Heim duldet. Der Zentral-
rat hätte eine Macht sein können, wenn er nicht selber seine Macht,
die sich auf die Arbeiterkräfte stützte, aus der Hand gegeben hätte.

Einrichtung von Kraftwagenlinien. Die Reichspost beabsich-
tigt, Kraftwagen-Verbindungen in verschiedenen Kreisen einzu-
richten. Für Berlin sind folgende von besonderem Interesse:
Eine zweimal tägliche Fahrt zwischen Trebbin und Bahnhof
Wilmersdorf über den Hauptbahnhof in Potsdam — Rehrbrücke —
Saarmund — Jährlitz — Gröben-Flieghof — Schias —
Blankensee — Schöneberg — Löwenort — Trebbin. Zwischen
Trebbin und Blankensee sollen ferner von Mai bis Oktober
Pendelfahrten veranstaltet werden und außerdem Sonderfahrten
vom Potsdamer Hauptbahnhof nach Blankensee. Eine ähnliche
Einrichtung ist für Jossen und Oranienburg — Bernau geplant.
Heute liegen die Dinge so, daß keine direkte Verbindung zwischen
Jossen, Trebbin und Potsdam, sowie zwischen Bernau und
Oranienburg vorhanden sind. Die Bewohner dieser Orte können
nur über Berlin mit großen Zeitverlusten verkehren, was schon
lange als ein großer Uebelstand empfunden wurde. Die im Bau
befindliche „Umgehungsbahn“ Michendorf — Saarmund —
Spandorf — Selchow — Alt-Glienide — Köpenick — Viesdorf
ändert an den heutigen Verhältnissen nur wenig, weil sie in der
Hauptachse nur für den Güterverkehr Bedeutung hat. Im Norden
fehlt bekanntlich jede Verbindung zwischen Bernau und
Oranienburg, sowie zwischen Eberswalde — Groß-Schönebeck und
Oranienburg — Vellen — Kremmen — Rauen.

Der Straßenhandel mit Süßigkeiten, der in großem Um-
fange betrieben wird, dürfte in kurzem dem Verbot verfallen.
In der Kommission für Bevölkerungsstatistik der preussischen
Landesversammlung ist die Frage eingehend besprochen worden;
ebenso der Handel mit sogenanntem Fruchtweiss. Es wurde nach-
gewiesen, daß die Herstellung dieser Süßigkeiten und auch das
Fruchtweiss, das vornehmlich von Kindern gekauft wird, gesund-
heitlich nicht zu verantworten sei, und die preussische Landesver-
sammlung hat dem einstimmigen Beschluß des Ausschusses für
Bevölkerungsstatistik zugestimmt, monach ein Verbot des Straßen-
handels mit Süßigkeiten und mit Fruchtweiss erfolgen soll.

Werke keine Obsteine auf die Straße! Immer wieder wer-
den die Steine achlos auf den Bürgersteig geworfen, ohne daß
der Folgen gedacht wird. Wieviel Arm- und Beinbrüche, oft
schmerzlicher Art, sind dadurch schon hervorgerufen worden. Dar-
um achte man darauf, daß dies vermieden wird.

Zufütterung des Wilmersdorfer Sees. Der Wilmersdorfer
See, der durch seine unangenehmen Ausdünstungen sich zu einer
wahren Plage der Anwohnerschaft entwickelt hat, wird in einigen
Jahren wahrscheinlich von der Wildflut verschwinden und die
Wilmersdorfer Stadtbäder ein ständiges Vergnügen sein. Vor
einiger Zeit war eine Kommission eingesetzt worden, die die Auf-
gabe hatte, die Gasausströmungen des Sees zu prüfen und die
dabei festgestellt hat, daß es sich um Sumpfgase und die Entwik-
lung von Schwefelwasserstoff handelt. Aus einem eingehenden
Gutachten des Kreisärztes geht hervor, daß es sich um gesund-
heitschädliche Gase nicht handelt, daß es aber von hygienischen
Standpunkt aus betrachtet, am besten wäre, den See reiflos zuzu-
schütten. Nach Berechnung würden die Zuschüttungsarbeiten
etwa zwei Jahre in Anspruch nehmen, doch sei aus Rücksicht auf
die Anwohner eine Verkürzung dieser Frist anzustreben. Eine
Zufütterung des Sees mit Müll haben gesundheitliche Bedenken
nicht im Wege, wenn besondere Vorsichtsmaßregeln angewendet
werden.

Aus den Gemeinden.

Charlottenburg. Der Oberbürgermeister als Ver-
treter der Hausagrarier. Von einem Fall sehr eigen-
artiger Parteinahme des Oberbürgermeisters Scholz in Charlotten-
burg zugunsten der Hausagrarier, der in einer Versammlung des
Mietervereins zur Sprache kam, erhalten wir Kenntnis. Vor
kurzem stand ein Mitglied des Mietervereins vor dem Rathhause in
Charlottenburg mit einem Werbeplakat betr. Aufforderung zum
Weitritt in den Mund. Als dies der Oberbürgermeister sah, trat er
an den Betreffenden mit den folgenden Worten heran: „Schämen
Sie sich denn nicht, hier zu stehen und so agitieren? Wissen Sie
nicht, daß Ihr Stehen vor dem Rathaus verboten ist?“ Einige
Tage später erhielt der Plakatträger von seinem Vorgesetzten die
Mitteilung, daß der Oberbürgermeister den Leiter der Behörde, in
dem der Betreffende beschäftigt ist, von dieser Agitation Mitteilung
gemacht habe, so daß die Stellung des Betreffenden gefährdet sei.
Aber noch nicht genug mit dieser häßlichen Denunziation, richtete
der Magistrat Charlottenburg noch außerdem an das Polizei-
präsidium das Ersuchen, die Strafagitation für den

Mieterverein Charlottenburg zu unterlegen, und die Haus-
agrarier, die bei der Jagd auf Plakatträger
natürlich auch nicht fehlen darf, hat das Regiment Doss
erlaubt, vor das Rathaus zu rücken und den Bürgersteig zu
der Werbeplakatträger stand, zu säubern. Nur dem besonnenen
Einsprechen einer Person, die dem Werbeplakatträger von diesem
Ersuchen des Magistrats Kenntnis gab, ist es zu verdanken, daß
der Eingriff des Regiments Doss und weitere Folgen verhindert
worden sind. So haben sich denn alle reaktionären Elemente, von
Oberbürgermeister bis zum Soldner, zusammengesunden, um
einen Plakatträger zur Strecke zu bringen. Unsere Genossen in
Stadtparlament werden nicht veräumen, den Herrn Oberbürger-
meister und den Magistrat an ihre eigentlichen Pflichten zu er-
innern.

Notwendig. Im Mittelpunkt der letzten Gemeindevertreter-
Sitzung stand die Lebensmittelversorgung. Schon seit langer
Zeit hatten es die Vertreter der U. S. P. versucht, die Lebensmit-
telversorgung mehr denn je mit dem Stand unserer Lebensmittel-
versorgung bekannt zu machen, damit die in der Bevölkerung
von Zeit zu Zeit auftauchenden Gerüchte über die betreffende
Verantwortlichkeit resp. deren Anordnungen auf ihre Wichtig-
keit geprüft werden konnten. Gestellt wurde schon in einer
vorherigen Sitzung von unseren Genossen, daß die Kommission
für die Kriegswirtschaft noch nicht einberufen worden war.
Diese Kommission hatte nun getagt und Genosse Landwehr
berichtete über die Einrichtungen und die erfolgte Prüfung der
Forderungen durch den Reichsamt für Ernährung, womit wir uns zu
frieden geben mußten, trotzdem würde noch manches über die
hohe Preise der Lebensmittel und ungenügende Verteilung der
Kohlen zur Sprache gebracht, und unsere Vertreter werden
auch weiter darüber wachen, daß alles vermieden wird, was
an sich schon traurigen Verhältnisse in der Lebenshaltung noch
zu verschlechtern. Gen. Vertr. Nathan stellte im übrigen ein
Ersuchen für die demnächst fehlenden Kartoffeln andere Nahrungs-
mittel in Aussicht. Eine erregte Debatte entspann sich um die
Erhöhung des Kredites für die Kriegswirtschaftsabteilung um
eine halbe Million, da bei der zu erwartenden erhöhten Ver-
sorgung von Lebensmitteln genügende Mittel zum Einkauf vor-
handen sind. Der konservative Vorschlag wollte nicht nur
einer Erhöhung des Kredites weichen, es wurde ihm aber auch
bewußtsein gebracht, daß jetzt andere Leute in der Gemeinde-
vertretung zu bestimmen haben, und es wurde dann auch gegen
die „Fraktion“ der Rechten die verlangte Erhöhung des Kredites
bewilligt. Im übrigen ein erhebliches Schauspiel, wenn ein
konservativer einem Demokraten leichtfertigen Einkauf er-
laubt!

Lebensmittellieferer.

Stachen. Am Freitag gelangten zur Ausgabe amerikanische
Schmalz auf Abschnitt 6 der Einfuhrzulasskarte. Gruppen auf Ab-
schnitt 6 der Lebensmittelkarte, Feinsalz auf Abschnitt 6 der Lebens-
mittelkarte in den Geschäften von Puch (Westbelleferung), Reichen-
und Milch, Sonnabend, den 19. Juli, Butter auf Abschnitt 1 der
Zettkarte, Mehl auf Abschnitt 7 der Zulasskarte. Näheres über Preis
in den Ausschreibungen.

Aus den Organisationen.

Schlesker Kreis, Moabit. Am Freitag, den 18. Juli, abends 8 Uhr
9 Uhr haben die Urwahlen zum Spediteur in Moabit in folgenden
Wahlkreisen statt: 12. Wkt.: Jaber, Stephanstr. 11, 13. Wkt.: Pöschel,
Odenburger Straße 10, 14. Wkt.: Pütz, Rosbacher Straße 27, 15. Wkt.:
Goebel, Büllstr. 10.
Reußlin. 3. Viertel. Freitag abends 7 1/2 Uhr Funktionärsversammlung
bei Frau Hochholzer, Rosalstr. 34, Ecke Bodestr.
Reußlin. Freitag nachm. 6 Uhr Gemeindevertreterversammlung
der U. S. P. des Gymnasiums, Kaiserstr. Zuhörer haben Zutritt.

Bereinskalender.

Obste der Angestellten-Aussch. der Nachr. 12 (Eisenhauer- und
Großhändler-Verein) versammeln sich 18. 8 1/2 Uhr, Restaurant „Spa-
tenbräu“, Friedrichstr. 172.
Verantwortlich für die Redaktion Alfred Wiesepp, Reußlin,
Verlagsgenossenschaft „Freiheit“, e. O. m. b. H., Berlin. — Druck und
Verlagsbuchhandlung der U. S. P. Schillhausdamm 19

In den nächsten Tagen erscheint
Eine Abrechnung
mit den
Rechtssozialisten
Von Arthur Crispian.
Preis 50 Pfennig.
Bestellungen richte man sofort an die
Verlagsgenossenschaft „Freiheit“ e. O. m. b. H., Berlin,
Abteilung Buchhandel Schillhausdamm 19

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.

Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Kollege, der
Lehrer
Oswald Blaschzik,
Kornstr. Str. 7, am 13. d. Mts., gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitag, den 19. d. Mts.,
um 11 1/2 Uhr, vom Krematorium — Gutschstraße
19, statt.
Keine Beerdigung erwartet.

Die Ortsverwaltung.

Nachruf.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Kollege,
Lehrer
Gustav Strohmann,
Adm.-ratstr. 15 E, am 13. d. Mts.,
unser Kollege der Maschinenarbeiter
Michael Zurozak,
Gruner Str. 41, am 6. d. Mts.,
unser Kollege der Maschinenarbeiter
Friedrich Gallert,
am 13. d. Mts.,
Kollege Arbeiterin
Emmi Hoffmann,
Kornstr. Str. 84, am 10. d. Mts., gestorben sind.
Ehre ihrem Andenken!
Die Ortsverwaltung.

6. Kreis
22. Abt. Bez. 776 a.
Am Sonntag, den 13. Juli
vorstarrt unser Genosse
Oswald Blaschzik
Kornstr. Str. 7.
Die Beerdigung findet
am Freitag, den 19. Juli,
nachmittags 11 1/2 Uhr
Gutschstraße 19, statt.
Keine Beerdigung erwartet.
Der Vorstand.

**Obste der
Angestellten - Ausschüsse
der Metallindustrie.**
Schriftliche Einladung muß
heute: 6 1/2 Uhr Plenarsaal
des Hecranhauses.

Schlosserarbeit
aller Art, Drehen, Bohren, Fel-
len etc., sucht — Vermittlung
honoriert hoch — Karl Henning,
Berlin N 21, Bernauer Str. 100.

2 Leitspindeln, 2 Mecha-
nikerhölzer verkauft billig nach
4 Uhr, Schubert, Wählerstr. 21

Anzug und **Ullster** von
Militärhut 325 M, verkauft
Vogel, Ackerstraße 35.

Piano verkauft Ess, Wina-
straße 27 III.

Kauf allerlei Garn, Wäsche,
Schürzenstoffe, Sinfretts, Netz-
tel, Sacke, Schickler, Georgen-
kirchplatz 11.

Für die Verwaltungsstellen Hamm a. d. Sieg und
Wissen a. d. Sieg des Deutschen Metallarbeiter-
Verbandes wird ein
tüchtiger Geschäftsführer
gesucht, welcher hauptsächlich in der Agitation be-
wandert ist. Gehalt nach Uebereinkunft. Eintritt
möglichst sofort. Bewerbungen bis 1. August an Paul
Eltzberg, Hamm a. d. Sieg (Eisenhauer).

In den nachstehenden Speditionen werden sofort
Botenfrauen
eingestellt:

Berlin
Girschner, Stechiner Straße 92, Döring,
Steinmeyer, 23, Hackbarth, Michaelkirchpl. 2.

Potsdam
Dogauner, Kaiser-Wilhelm-Straße 38.

Charlottenburg
Lorenz, Wallstraße 68.

Wilmersdorf
Nesler, Hindenburgstraße 34.

Tempelhof
Wartig, Werderstraße 33.

Soeben neue Nummer erschienen
Der Sozialist.
(Früher Sozialistische Auslandspolizei).
Unabhängige sozialdemokratische Wochenchrift.
Herausgegeben von
Dr. Rud. Breitscheid.
Unter händiger Mitwirkung von:
**H. Bloch, H. Haase, K. Kautz,
A. Stein, H. Ströbel u. a.**
Abonnements vierteljährlich 6.— Mk. (Einzelnummer 60 Pf.).
Bestellungen sind entgegen zu nehmen bei den nächsten Postämtern,
bei den Speditionen der Freiheit oder in der Verlags-
genossenschaft „Freiheit“ e. O. m. b. H., Berlin NW 6,
Abteilung Buchhandel, Schillhausdamm 19.

Heil-Anstalt „Löser“
sah Alexanderplatz,
Harn- u. Blasenleiden, Leisten- u. Finsen-Behandlung.

Zahnpraxis Witte
Charlottenburg, Wilmersdorfer Str. 124.
Spez.; Naturgetreuer Zahnersatz. Maßige Preise.

Handwagen
mit und ohne Feder,
Mark 175.— an
Größe Auswahl
G. Wagner
Köpenicker Straße 110
(Kein Laden.)
Kaufe dauernd
bohrer aus Werk-
Schneidrad 271, Müll-
terischem und Vire-
Centriertbohrer, Reib-
windbohrer, Feiler,
Batter, Zwick, Berlin
Landsberger Allee
(Telephon: Alex. 346.)
Kupferleitungsdraht
Kabel, Litzen kauft
die höchsten Preise
Preussler Str. 13 am
Telephon Köpenick